

E 7110 1/56

*Le Chef du Département de l'Economie publique, E. Schulthess,  
au Ministre de Suisse à Paris, A. Dunant*

*Copie**L*

Bern, 27. April 1932

Herr Direktor Stucki begibt sich heute, wie Sie wissen, nach Paris, um über die noch bestehenden Differenzen zu verhandeln.

Was die Kontingentierungsmassnahmen anbetrifft, so wollen wir uns darüber weiter nicht verbreiten. Herr Stucki hat seine Instruktionen, und es steht trotz gewisser Schwierigkeiten zu hoffen, dass in diesem Punkt doch eine Einigung zustande kommt.

Schwieriger ist die Lage hinsichtlich der «taxe à l'importation». Herr Stucki



wird Ihnen noch im Detail mitteilen, was Haguénin<sup>1</sup> erklärt hat. Die französische Regierung ist, wie es scheint, ausserstande, die uns von den Herren Tardieu<sup>2</sup> und Rollin<sup>3</sup> gegebenen Zusicherungen zu erfüllen<sup>4</sup>. Sie beruft sich darauf, dass ein Gesetz bestehe, das sie nicht abändern könne<sup>5</sup>. Die Herren Tardieu und Rollin wussten aber ganz genau, dass dieses Gesetz geschaffen werde, und sie versprachen trotzdem und über das Gesetz hinweg, unseren Wünschen entgegenzukommen, weil ja, wie Herr Tardieu sagte, diese «taxe à l'importation» nicht «défendable» sei.

Herr Stucki wird nun zunächst mit den Organen der Ministerien und auch gegenüber Herrn Rollin, den er morgen treffen soll, den schweizerischen Standpunkt vertreten. Herr Tardieu ist, soviel wir der Presse entnehmen, diese ganze Woche in seinem Wahlkreise und wohl nicht zu treffen. Wäre er auch da, so wäre sein Interesse wohl kaum sehr gross.

Wir möchten Sie nun bitten, nächste Woche, nachdem Herr Tardieu zurück und Herr Stucki wieder abgereist sein wird, eine Audienz beim Ministerpräsidenten zu verlangen, ihn an die bekannten, in Ihrer Gegenwart gegebenen Zusicherungen zu erinnern und ihm namentlich zu erklären, dass der Unterzeichnete bis jetzt immer eine gewisse Reserve bewahrt und die ihm gemachten Versprechungen öffentlich nicht erwähnt habe, um Herrn Tardieu nicht dem Vorwurf auszusetzen, als ob er sein gegebenes Wort nicht halten könne. Wir bitten aber, gleichzeitig beizufügen, dass wir schliesslich doch genötigt sind, uns auf die gegebenen Zusicherungen zu berufen, um nicht den Schein auf uns ruhen zu lassen, als ob wir die Besprechungen in Paris in unbegründeter Weise zu optimistisch beurteilt hätten. Wollen Sie nun Herrn Tardieu noch einmal dringend bitten, Mittel und Wege zu suchen, um sein Wort einzulösen und uns entgegenzukommen, um so eher als ja zweifellos die «taxe à l'importation» vertragswidrig und überdies durch den Verzicht gegenüber Italien und Belgien auch die Meistbegünstigung verletzt ist<sup>6</sup>.

Gleichzeitig wollen Sie der französischen Regierung eröffnen – was übrigens der Unterzeichnete Herrn Tardieu in Genf schon gesagt hat<sup>7</sup> –, dass wir zu unserem grossen Bedauern eventuell genötigt wären, Gegenmassregeln zu treffen, indem wir auf gewissen französischen Waren, die nach der Schweiz importiert wer-

1. E. Haguénin, *Directeur général des Contributions indirectes au Ministère des Finances*.

2. *Président du Conseil et Ministre des Affaires étrangères*.

3. *Ministre du Commerce et de l'Industrie*.

4. *Cf. AI*.

5. *Il s'agit en fait de l'article 32 de la loi portant fixation du budget général de l'exercice 1932, du 31 mars 1932. (JO.RF., 1<sup>er</sup> avril 1932, n° 77, p. 3349). Le même jour paraît le décret fixant les modalités d'application de la taxe à l'importation (Id. pp. 3455ss.)*

6. *Sur ce point, cf. n° 165*.

7. *Les conversations du mois de mars entre le Chef du Département de l'Economie publique et le Président du Conseil français ont eu lieu à Paris. Leur programme avait été arrêté dans un entretien entre le Chef du Département politique, G. Motta, et le Président du Conseil français au début du mois de mars à Genève. (E 2, Archiv-Nr. 1721, lettre personnelle du Chef de la Division des Affaires étrangères du Département politique, P. Dinichert, au Ministre de Suisse à Paris, A. Dunant, 23 mars)*.

den, den gleichen Wertzollzuschlag beziehen und den Ertrag dieser Abgabe verwenden werden, um den schweizerischen Exporteuren nach Frankreich die ihnen ungerechtfertigt auferlegte Abgabe zurückzuerstatten.

Wir haben den Eindruck, dass die französische Regierung diese unsere Gegenmassnahme im Gefühl des eigenen Unrechts ruhig hinnehmen wird. Es ist ja Herrn Tardieu sehr unangenehm, dass er sein Wort nicht halten kann, er hat das auch in Genf deutlich durchblicken lassen.

PS. Der erwähnte diplomatische Schritt soll im Auftrag des Bundesrates geschehen, der in dieser Sache Beschluss gefasst und uns ermächtigt hat, im Sinne dieses Schreibens vorzugehen<sup>8</sup>.

---

8. *PVCF du 25 avril 1932* (E 1004 1/333).

#### ANNEXE I

J.I. 6 1/4

*Compte-rendu du Chef du Département de l'Economie publique,  
E. Schulthess, sur son voyage à Paris*<sup>9</sup>

CR

#### I.

Am Mittwoch, den 23. März 1932, nachmittags 4 Uhr, wurde der Unterzeichnete mit den Herren Minister Dunant und Direktor Stucki von Herrn Ministerpräsident Tardieu empfangen. Dieser begrüßte uns sehr liebenswürdig und dankte lebhaft, dass ich nach Paris gekommen sei und dass er so Gelegenheit habe, direkt mit der schweizerischen Regierung zu verhandeln. Er befasste sich sodann in einer längeren Aussprache mit den verschiedenen wirtschaftlichen Problemen, die die Schweiz und Frankreich betreffen.

#### *[Affaires des zones]*

Der Ausgangspunkt der Darlegungen des Herrn Tardieu war der Wunsch, zu einer harmonischen Zusammenarbeit und einer kompletten Verständigung zwischen den beiden Ländern zu kommen. Er wies darauf hin, dass gewisse kleine Friktionen zum Teil lokaler Natur bestünden, die beseitigt werden müssten. So gelangte er zur Zonenfrage. Er betonte allerdings sofort, dass, wie die Dinge heute liegen, die Erledigung der Sache dem Gerichtshof im Haag überlassen werden müsse, er bedauere das zwar und finde, man hätte sich früher verständigen können und sollen. Heute sei nun daran nichts mehr zu ändern, dagegen finde er, dass, falle das Urteil wie es wolle, beide Parteien nachher miteinander verhandeln müssen, um einen befriedigenden Zustand herbeizuführen. Damit dies leichter sei und damit vor dem Urteil gewisse Härten vermieden werden, möchte er jetzt schon gleichsam die Zukunft etwas präparieren und einige Erleichterungen des jetzigen Grenzregimes vorschlagen. Er sprach dann insbesondere den Wunsch aus, dass für ca. 15 Gemeinden, die nicht zu den kleinen Zonen, wohl aber zu der früheren sogenannten grossen autonomen Zone gehören, Erleichterungen für deren Einfuhr nach der Schweiz geschaffen werden. Es handle sich namentlich um landwirtschaftliche Produkte, Milch, Fleisch u. a. m. Schriftlich lag nichts vor, und aus den mündlichen Bemerkungen musste ich schliessen, dass Herr Tardieu namentlich die Wiederaufhebung der Massregeln, die jüngstens hinsichtlich der Einfuhr aus den grossen Zonen vom Bundesrat getroffen worden sind, im Auge hatte. Aus einem Gespräch, das nach unserer Konferenz zwischen Herrn Stucki und

---

9. *Texte daté du 29 mars.*

den Herren Labouray<sup>10</sup> und Coulondre stattfand<sup>11</sup>, geht hervor, dass die bewussten 15 Gemeinden in der 10-km-Zone liegen und dass die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte, die ermöglicht werden sollte, einen jährlichen Wert von ca. 900 000 Franken hätte. Als Gegenleistung würde Frankreich die zollfreie Einfuhr von Waren aus Genf nach französischem Gebiet ungefähr im selben Wert und überdies Verkehrserleichterungen für den Personen- und Automobilverkehr zugestehen. Schliesslich tönte Herr Tardieu auch an, es wäre wünschenswert, dass man sich über das besprechen würde, was eventuell nach dem Urteile eintreten soll.

*[Fédération danubienne]*

Zu den allgemeinen wirtschaftlichen Fragen übergehend, bezeichnete Herr Tardieu die Situation als äusserst ernst. Der Herd der Schwierigkeiten liege seines Erachtens in der Lage der Donaustaaten. Von Wien aus sei eigentlich der Anfang des Zusammenbruchs gegangen, der sich dann auch auf Deutschland übertragen habe. Es müsse daher ein anderes Regime für die Donaustaaten inkl. Tschechoslowakei gefunden werden. Dabei handle es sich nicht um eine Zollunion, wohl aber um einen wirtschaftlichen Zusammenschluss durch das Mittel von sog. Präferenzzöllen. Diese Staaten würden also unter sich sich Zollbegünstigungen gewähren, und auf diese Art und Weise würden sie sich gegenseitig ein Absatzgebiet sichern. England, fügte er bei, habe vor einigen Minuten die Erklärung abgegeben, dass es mit ihm einiggehe; bis Samstag werde er die Zustimmung Italiens haben, bis Montag diejenige Deutschlands. Die Donaustaaten, inkl. der Tschechoslowakei, werden den Vorschlag annehmen müssen, denn sie brauchen Geld; er verfüge darüber. Für einmal stehe eine Anleihe von 1 Milliarde (französischer Franken) in Frage, und zwar werde wohl zunächst ein kurzfristiger Kredit gewährt werden müssen. Das Projekt berühre natürlich zollpolitisch auch uns, und er behalte sich vor, zu gegebener Zeit mit uns in nähere Fühlung zu treten. Wenn, sagte Herr Tardieu, das Projekt nicht realisiert werden könne, dann käme ein Moratorium der Donaustaaten nach dem andern, und innert 4–6 Wochen werde kein Staat in Zentraleuropa mehr bezahlen.

*[Relations commerciales]*

Herr Tardieu sprach dann von unsern Handelsbeziehungen, von den Friktionen, die entstanden seien, über die Einfuhrkontingente und von der *taxe d'importation*. Der erstere Punkt könne seines Erachtens leicht und rasch erledigt werden. Frankreich sei bereit, entgegenzukommen. Was die *taxe d'importation* betreffe, so müsse er anerkennen, dass sie nicht «*défendable*» sei, er sei bereit, auch hier unsern Wünschen gerecht zu werden, indessen könne er erst nach dem 1. April den Weg bezeichnen, der beschritten werden müsse. Das Parlament werde die Taxe jetzt beschliessen, aber er werde dann sofort Mittel und Wege finden, um uns zu befriedigen.

*[Réponse de Schulthess. Zones]*

Ich antwortete Herrn Tardieu, nachdem ich ihm gedankt hatte, ungefähr wie folgt:

Was die Zonen betreffe, so könne ich nur bestätigen, was Herr Motta ihm schon erklärt habe<sup>12</sup>. Der Prozess müsse seinen Gang gehen, und heute scheine eine andere Lösung nicht denkbar. Über das Zonenproblem und über die Vorschläge, die das Zonengebiet betreffen, könne ich also in Verhandlungen von vorneherein nicht eintreten. Was das gegenwärtige Regime angehe, so seien wir Frankreich sehr weit entgegengekommen, und wir hätten, offen gestanden, gelegentlich bedauert, dass in dem Momente, in dem der Zollgürtel an die Grenze verlegt wurde, unsererseits nicht die Konsequenzen gezogen und alle Vorrechte, die den Bewohnern der grossen und kleinen Zonen freiwillig eingeräumt worden seien, nicht aufgehoben wurden. Die grossen Zonen stehen im Prozess gar nicht in Frage. Sie seien für uns einfach französisches Gebiet. Es scheine mir aber kaum denkbar,

10. J. Labourret, *chef de bureau à la Sous-direction europe du Ministère des Affaires étrangères.*

11. R. Coulondre, *Sous-directeur des Relations commerciales au Ministère des Affaires étrangères.*

12. *Sur cette rencontre, lors de l'ouverture de la conférence du désarmement à Genève, aucun compte-rendu n'a été retrouvé.*

27 AVRIL 1932

371

für einen Teil dieser grossen Zonen, für die vor kurzer Zeit das régime commun eingeführt worden sei, jetzt eine Änderung eintreten zu lassen, und ihnen Erleichterungen zu gewähren. Ich sei mir indessen nicht ganz klar darüber, wie er sich im einzelnen diese Konzessionen an die erwähnten, der grossen Zone angehörenden Gemeinden vorstelle, und müsse denn auch, wenn ich mir über die Frage ein Urteil bilden sollte, um Präzisionen bitten.

*[Situation générale]*

Hinsichtlich der allgemeinen Lage wies ich darauf hin, dass Frankreich, Belgien, Holland und die Schweiz auf dem europäischen Kontinent heute sozusagen die einzigen Länder seien, in denen noch normale und gesunde Verhältnisse und keine Devisenbewirtschaftung bestehen. Wir müssten aus gemeinsamem Interesse darauf halten, dass unsere Wirtschaft gesund bleibe. Wir sollten uns das Leben nicht erschweren, sondern versuchen, uns gegenseitig zu verstehen. Frankreich sollte bedenken, dass die Lage der Schweiz eine recht schwierige sei, insbesondere auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Massnahmen des Auslandes. Die Schweiz habe hohe Produktionskosten und Preise, und es rechtfertige sich daher in keiner Weise, ihr gegenüber irgendwelche Abwehrmassregeln zu treffen. Frankreich und wir hätten allgemein wirtschaftlich genommen viele gemeinsame Interessen, und dies sollte auch seitens der französischen Regierung nicht vergessen werden. Die Schweiz sei das Land, dem gegenüber Frankreich absolut und relativ den höchsten Exportüberschuss aufweise, nämlich 1 400 000 000 französische Franken.

*[Fédération danubienne]*

Das Donauprojekt interessiere uns sehr, und ich sei Herrn Tardieu sehr dankbar dafür, dass er uns seine Ideen darüber auseinandergesetzt habe. Wir müssten uns natürlich, nachdem das Projekt einmal bestimmte Gestalt angenommen habe, die Sache gründlich überlegen und sehen, welche Konsequenzen für uns aus einem solchen Zusammenschluss entstehen würden. Unsere Handelsbeziehungen mit den in Frage stehenden Ländern seien rege, das Prinzip der Meistbegünstigung würde selbstverständlich durch ein solches Akommen verletzt.

*[Relations commerciales]*

Was die konkreten Fragen anbetreffe, so stehe in erster Linie die Einfuhr der Waren, für die der eine oder andere Staat Einfuhrbeschränkungen erlassen habe, in Frage. Da seien wir der Meinung, dass man sich gegenseitig sowenig wie möglich einschränken und in den Kontingenten nicht unter die Menge des Jahres 1931 zurückgehen sollte. Man sollte die Grundsätze feststellen, nach denen die Kontingente festgesetzt würden. Die Schweiz müsse darauf dringen, dass sie als vorzüglicher, ja bester Kunde Frankreichs angemessen behandelt werde. Die Einzelheiten möchten zunächst zwischen den Sachverständigen besprochen werden.

Was die taxe d'importation anbelange, so nehme ich gerne von den Erklärungen des Herrn Tardieu Notiz. Sie bedeute in der Tat einen Wertzoll von 4% und sei infolgedessen rechtlich unhaltbar. Wir müssten auf deren Abschaffung bestehen und bedauern, dass unsere bisherigen Reklamationen gegen die bisherige Taxe, ja selbst die Anrufung des Schiedsgerichts so wenig Erfolg gehabt hätten<sup>13</sup>. Noch energischer müssten wir uns gegen die nunmehrige neue Taxe auflehnen. Auf diese müsse Frankreich unter allen Umständen verzichten. Es handle sich hier um eine sehr wichtige, für unsern Export nach Frankreich ausschlaggebende Frage.

Herr Tardieu schlug im weiteren Verlaufe der Besprechungen einen accord provisoire vor, der sich mit der Erleichterung des Grenzregimes bei Genf, mit den Kontingenten und endlich mit der taxe d'importation beschäftigen würde. Ich machte aber sofort darauf aufmerksam, dass diese verschiedenen Dinge nicht miteinander verbunden werden können und dass insbesondere die Frage der Kontingente und der taxe d'importation unabhängig und so rasch wie möglich erledigt werden müsse. Gegenüber einem Abkommen über die Erleichterung des Grenzverkehrs bei Genf machte ich sowohl sachlich wie hinsichtlich des Zeitpunktes alle Vorbehalte und erklärte nochmals, dass ich für die Diskussion eines solchen Vorschlages nicht nach Paris gekommen sei.

---

13. Cf. n° 96.

Herr Tardieu reduzierte dann seinen ursprünglichen Vorschlag und sprach im wesentlichen von der Milderung des Grenzregimes zugunsten der 15 Gemeinden, die der grossen Zone angehören. Er verhehlte nicht, dass es Wahrücksichten seien, die ihn veranlassten, uns dringend zu bitten, seine Anregung zu prüfen, und fügte bei, dass wir ihm mit der Entsprechung einen grossen Dienst leisten würden.

Ich wiederholte, dass ich mich auf keine Kombination einlassen könne, die das Zonenregime betreffe oder den Zonenprozess in irgendeiner Art und Weise zu beeinflussen geeignet sei. Ob den von ihm erwähnten Gemeinden gewisse Einfuhrerleichterungen gewährt werden können, könne von mir in diesem Momente nicht beurteilt werden. Ich zweifle aber daran.

An die Besprechung mit Herrn Tardieu schloss sich noch eine gemeinsame Konferenz an, an der auch Herr Handelsminister Rollin und einige Sachverständige teilnahmen. Herr Rollin begann von den Kontingentierungsfragen zu sprechen. Es zeigte sich jedoch bald, dass diese Materie nicht geeignet ist, in einem grösseren Kreise behandelt zu werden. Die Konferenz wurde infolgedessen abgebrochen.

Herr Stucki diskutierte dann noch gewisse Detailfragen mit den Sachverständigen im Handelsministerium. Bei diesem Anlass erfolgten, wie bereits bemerkt, auch einige Präzisierungen hinsichtlich der Grenzerleichterungen bei Genf. Herr Stucki erklärte, dass er kaum in der Lage sein werde, sie zu empfehlen.

## II.

Am 24. März, morgens, besprach Herr Stucki mit Handelsminister Rollin und den Direktoren im Handelsministerium speziell die Kontingentierungsfragen, hinsichtlich welcher eine starke Annäherung erfolgte. Es wird in dieser Beziehung auf das Vorprojekt verwiesen, das von französischer Seite aufgestellt wurde und von uns noch näher geprüft wird.

Nach dem Dejeuner, das uns im Quai d'Orsay offeriert wurde, wurden nur kurz einige Fragen gestreift und eine weitere Besprechung für abends 10 Uhr konveniert.

Was Genf anbetrifft, so erklärte beiläufig Finanzminister Flandin, die jetzige Lage sei in der Tat für Genf sehr beschwerlich und eigentlich unhaltbar, und Herr Tardieu fügte bei: «Nun gut, ich werde alle diese Verkehrsschwierigkeiten» – er dachte offenbar an den Automobilverkehr – «mit einem Federstrich beseitigen.»

## III.

Konferenz abends 10 Uhr, 24. März 1932. Anwesend die Herren Tardieu und Rollin mit hohen Beamten der beiden Ministerien.

Die Diskussion beginnt mit der Frage der Kontingente. Hierüber hatten im Laufe des Tages Besprechungen zwischen Herrn Stucki und den Französischen Stellen stattgefunden, durch die eine wesentliche Annäherung der Standpunkte erzielt wurde. Es liegt ein französisches revidiertes Projekt vor, das indessen noch in der Schweiz mit den Industrien besprochen werden muss. Eine Einigung auf diesem Gebiete erscheint als wahrscheinlich und darf erwartet werden. Die Vorschläge müssen jedoch noch bereinigt und können erst später definitiv werden. Wir werden dem Bundesrat später in dieser Frage speziellen Bericht erstatten.

Hinsichtlich der Frage der taxe d'importation wiederholen die Herren Tardieu und Rollin die bestimmte Erklärung, dass man unsern Wünschen gerecht werden soll. Man möchte jedoch jetzt bis zur Erledigung des Budgets in den Kammern davon nicht sprechen. Die Regierung werde Mittel und Wege finden, um uns entgegenzukommen. Die prinzipielle Unzulässigkeit der Erhöhung der taxe d'importation wurde von neuem anerkannt. Auf meine Bemerkung, dass wir hier wirklich Garantien haben sollten, wurde mir von den Herren Tardieu und Rollin wiederholt erklärt, wir dürften durchaus beruhigt sein. Die Einzelheiten werden in den spätern Verhandlungen festgesetzt werden.

Grenzerleichterungen bei Genf. Herr Tardieu verliest Stellen aus einem von Herrn Labouray ausgearbeiteten Projekte, das die Wünsche Frankreichs namentlich hinsichtlich der bereits genannten 15 Gemeinden enthält und sich insbesondere mit den drei folgenden Punkten beschäftigt.

1. Verpflichtung der Schweiz mit Bezug auf die kleinen Zonen, keine Änderung am heutigen Regime eintreten zu lassen, bis auf der Grundlage des Gerichtsentscheides eine definitive Konvention abgeschlossen ist.

27 AVRIL 1932

373

2. Wiederherstellung des Zustandes vor dem 1. Januar 1932 für eine Anzahl von Gemeinden der grossen Zonen, die innerhalb des 10-km-Gürtels liegen, wobei die verlangte Zollfreiheit für Milch, Gemüse, Eier, Honig etc. einem jährlichen Betrag von 950000 Franken entsprechen würde.

3. Erleichterung für den Fleischverkehr im Grenzgebiet.

Das Projekt sah dann vor, dass die Schweiz ihre Bedingungen stellen könnte, und zwar sowohl hinsichtlich des Waren- wie des Automobilverkehrs, wobei uns eine tunlichste Berücksichtigung versprochen wird. Ich erkläre, dass dieses Projekt teilweise wenigstens den Eindruck erwecke, als ob man sich mit Fragen beschäftigen wolle, die das Zonenregime betreffen, und dass ich infolgedessen von vorneherein nicht einmal auf eine Prüfung eintreten könne. Herr Tardieu erklärte darauf, dass das Projekt wesentlich umgearbeitet und geändert werden müsse, er werde Herrn Labouray die nötigen Instruktionen erteilen und es uns dann schriftlich zukommen lassen.

Bis zur Stunde, in der diese Zeilen diktiert werden, Dienstag, den 29. März, wurde der schweizerischen Gesandtschaft seitens der französischen Regierung kein solches Projekt übergeben.

Wiederholt wurde von mir betont, dass diese Frage der Grenzerleichterungen in keiner Weise mit den übrigen Fragen in Verbindung gebracht werden könne.

Schliesslich wurde noch eine baldmöglichste Wiederaufnahme der Verhandlungen vereinbart.

#### *Bemerkungen*<sup>14</sup>

Die vorstehende Aufzeichnung gibt mir noch zu folgenden allgemeinen Bemerkungen Anlass:

1. Die allgemeine wirtschaftliche Lage schien mir Herr Tardieu richtig zu beurteilen. Er will jedoch den Schlüssel der Situation in einer Verbesserung der Lage der Donaustaaten suchen. Hinsichtlich Deutschlands scheint er, wie ich aus einzelnen Bemerkungen schliessen kann, weniger zu einem Entgegenkommen bereit zu sein.

2. Herr Tardieu unterschätzt zweifellos die Schwierigkeiten seines Donauprojektes. Es wird kaum möglich sein, die in Betracht fallenden Staaten namentlich so rasch unter einen Hut zu bringen. Selbst das Versprechen von Krediten wird diesen Effekt kaum erreichen. Ich habe den Eindruck, dass Herr Tardieu sich nicht Rechenschaft gibt, wie komplizierte Fragen dadurch zwischen den betreffenden Staaten unter sich und dann zwischen diesen und allen übrigen Staaten aufgeworfen werden. Er beurteilte auch die Lage hinsichtlich der Zustimmung der andern Grossmächte zu optimistisch. Am 24. März erklärte er, England habe zugestimmt, Italien und Deutschland würden folgen. Seither hat sich herausgestellt, dass England eine Konferenz angeregt hat und zweifellos wird dabei darauf hingewiesen werden, dass gerade für die Abnahme des Getreideüberschusses das Einverständnis Deutschlands mit der Kombination notwendig sei. Tardieu beurteilt alle diese Fragen nur nach ihren grossen Linien, während die Einzelheiten die Hauptrolle spielen.

3. Herr Tardieu ist zweifellos der Schweiz wohlgesinnt und bereit, uns entgegenzukommen. Die Kontaktnahme scheint mir im Hinblick auf die allgemeinen wirtschaftlichen Fragen notwendig und gut gewesen zu sein. Die Schweiz kann angesichts der wirtschaftlichen Gruppierungen, die sich bilden können, nicht auf der Seite stehen und sich nicht abschliessen. Sie muss Kontakt behalten.

4. Die Frage der Kontingentierung und der *taxe d'importation* dürfte befriedigend geregelt werden können, sofern wenigstens – wie bestimmt zu hoffen ist – gehalten wird, was uns versprochen wurde. Dass der Wille dazu besteht, ist für mich ausser Zweifel. Diese beiden Fragen müssen anlässlich der Anwesenheit Tardieus in Genf im Monat April definitiv geregelt werden. Wir werden durch die Gesandtschaft uns erkundigen, welcher Weg uns namentlich hinsichtlich der *taxe d'importation* vorgeschlagen wird.

5. Was das Grenzregime in der Nähe von Genf betrifft, so sei nochmals festgestellt, dass ich stets jegliche Diskussion und Behandlung des Zonenregimes abgelehnt habe. Wenn in dieser Beziehung in der Öffentlichkeit Missverständnisse entstanden sind, so mögen dazu die eigentümlichen Meldungen der Agentur Havas, die stets die Zonenfrage in den Vordergrund stellten, beigetragen haben. Meine Stellung ist eine absolut klare gewesen. Ich habe mich schliesslich damit einverstanden erklärt, Vorschläge Tardieus über die Erleichterung des Grenzverkehrs speziell zugunsten bestimmter nicht in

---

14. *Datées du 30 mars 1932.*

den kleinen Zonen gelegener Gemeinden dem Bundesrat zur Prüfung zu unterbreiten, ohne dabei die leiseste Andeutung zu machen, dass ich solche Vorschläge befürworten würde. Hätte ich das tun wollen, so hätte ich vor allem die Aufhebung resp. Einschränkung der Massregeln vorschlagen müssen, die der Bundesrat auf meinen eigenen Antrag vor kurzer Zeit hinsichtlich der Einfuhr aus den grossen Zonen für Milch und Fleisch getroffen hat. Ich habe aber für ein Gebot der Höflichkeit betrachtet, es nicht abzulehnen, die französischen Vorschläge zuhanden des Bundesrates zur Prüfung entgegenzunehmen. Ich glaubte dies um so eher tun zu sollen, als Herr Tardieu auch von wesentlichen Verkehrserleichterungen für Genf sprach. Hätte ich es refüsiert, solche Mitteilungen entgegenzunehmen, so hätte man mir nicht ohne Grund Vorwürfe machen können. Als aber dann Herr Tardieu mir das Projekt zu verlesen begann, das, wie es scheint, von Herrn Labouray gemacht worden ist, und ich hörte, dass darin wiederholt von den Zonen gesprochen wurde, so habe ich erklärt, dass es zwecklos wäre, mir solche Vorschläge zu übergeben. Herr Tardieu ordnete darauf sofort die Änderung und Umarbeitung des Projektes an, das uns schriftlich versprochen wurde. Wir haben indessen auch bis zur Stunde, in der diese Zeilen diktiert werden, nichts erhalten. Es kann somit nicht die Rede sein, dass die Zonenfrage durch die ganzen Verhandlungen in Paris irgendwie berührt worden wäre.

ANNEXE II

E 1004 1/333

CONSEIL FÉDÉRAL  
Procès-verbal de la séance du 30 mars 1932<sup>15</sup>

539. Négociations économiques avec la France

Verbal

[...]<sup>16</sup>

En réponse à une question de M. le *chef du département de l'intérieur*, concernant l'intérêt que présenterait une fédération danubienne pour notre exportation, M. le Vice-président déclare qu'il ne méconnaît pas cet intérêt, qui pourrait notamment se traduire par l'établissement d'un trafic de compensation entre produits fabriqués et céréales. Mais l'exécution de ce plan exige trois choses: 1° une entente entre les Etats intéressés; 2° des crédits; 3° une nouvelle interprétation de la clause de la nation la plus favorisée par les grandes puissances et par d'autres Etats, notamment le nôtre. Dans ces conditions, et vu le temps très court dont on dispose, il est peu probable que le plan de M. Tardieu se réalise.

Dans la discussion, tous les membres du conseil déclarent approuver l'attitude prise par M. le Vice-président à Paris, sur quoi le projet de communiqué est adopté dans la forme suivante<sup>17</sup>.

15. Absents: Motta et Musy.

16. Le *Chef du Département de l'Economie publique* fait rapport sur son voyage à Paris.

17. Non reproduit.